

Niederschrift

zur 4. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 26. April 2018, 18:30 Uhr im Ferdinand-Reidel-Saal des Neuen Rathauses, Rathausstraße 1-3 in Leimen

- öffentlich -

<u>Beginn:</u>	18.30 Uhr	
<u>Ende:</u>	20.15 Uhr	
<u>Vorsitz:</u>	Oberbürgermeister Reinwald Bürgermeisterin Felden	
<u>Stadträte:</u>	Dr. Anselmann, Peter Appel, Hans Bader, Richard Baumann, Ursula Eckl, Ulrike Feuchter, Klaus Frühwirt, Ralf Hassenpflug, Christa Kohr, Jürgen Krauth, Wolfgang Kühner, Anita Kurz, Mathias Leiner, Maja Lindenbach, Bruno Lindner, Werner Mattheier, Christiane Neininger-Röth, Claudia Reinig, Michael Dr. Sandner, Peter Sauerzapf, Anja Dr. Scheurich, Gerhard Stern, Wolfgang Unverfehrt, Dietrich Woesch, Rudolf	
<u>Entschuldigt:</u>	Karaaslan, Sahin Sterzenbach, Dieter	beruflich verhindert beruflich verhindert

Von der Verwaltung:

- 1 Stadtoberverwaltungsrat Berggold
- 1.6 Angestellte Greiner
- 2 Stadtoberverwaltungsrat Veith
- 3 Stadtoberverwaltungsrat Stamm
- 6 Stadtoberamtsrat Gora
- 7 Angestellter Kohr
- 8 Angestellter Kuhn
- 14 Stadtoberamtsrat Heinzmann

Stadtamtsrat Ullrich
Protokollführer

T A G E S O R D N U N G

zur 4. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 26. April 2018, 18:30 Uhr im Ferdinand-Reidel-Saal des Neuen Rathauses, Rathausstr. 1-3 in Leimen

- öffentlich -

- | | |
|--|--|
| 1. Fragestunde | |
| 2. Protokolle | |
| | - Protokollbeurkundung
- Benennung von Urkundspersonen |
| 3. Gemeinderat | 26/2018 |
| | Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung |
| 4. Zuwendungen | 27/2018 |
| | Beschlussfassung über die Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO |
| 5. Historisches Rathaus Leimen | 28/2018 |
| | a. Ausschreibung der Sanierungsarbeiten
b. Unterbringung der Verwaltung |
| 6. Baumaßnahmen | 29/2018 |
| | Fortsetzung der Planung der Sanierungsarbeiten an der Otto-Graf-Realschule |
| 7. Asylbewerber und Flüchtlinge | 30/2018 |
| | Nutzungsentschädigung für Unterbringung und Nebenkosten |
| 8. Haushalt | 31/2018 |
| | Über- / Außerplanmäßige Ausgaben „Märkte und Sondertilgung“ |
| 9. Haushalt | 32/2018 |
| | Bildung von Haushaltsresten 2018 für nicht verbrauchte Mittel in 2017 |
| 10. Kastanienbuckel | 33/2018 |
| | Änderung der örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan |
| 11. Verschiedenes | |

Oberbürgermeister Reinwald

begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gremiums sowie die Damen und Herren im Zuhörerraum. Er stellt anschließend fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist und fragt nach Einwänden gegen die Tagesordnung. Solche werden nicht erhoben.

1. Fragestunde

Herr Alexander Hahn

erkundigt sich nach dem weiteren Fortgang der geplanten Bebauung des Rathausplatzes. Wegen der anstehenden Sanierung des historischen Rathauses befürchtet er auch eine Beeinträchtigung des Schulbetriebs durch eine zu erwartende Großbaustelle. Hier solle auf die Schülerinnen und Schüler Rücksicht genommen werden. Er weist weiter darauf hin, dass man bei der geplanten Tiefgarage Kosten sparen solle. Da die vorgesehene Anmietung von Sanofi-Pasteur als Ausweichquartier für die Hauptverwaltung sehr teuer sei, solle man sinnvoller auf andere, billigere Liegenschaften zurückgreifen.

Oberbürgermeister Reinwald

antwortet, dass in der Junisitzung des Gemeinderates hierzu eine Machbarkeitsstudie der Kommunalentwicklung vorgestellt wird. Hinsichtlich der Rathaussanierung betont er, dass es sich nur um eine Sanierung der Innenräume handle, die Beeinträchtigungen daher überschaubar seien. Was die Anmietung betreffe, wolle und könne er der Diskussion unter Tagesordnungspunkt 5b nicht vorgehen.

Eine Bürgerin

möchte wissen, wann das Haus in der Senefelder Str. 9 abgerissen und hinter dem Gebäude Senefelder Str. 23 gepflastert wird.

Angestellter Kohr

antwortet, dass ein Abrissantrag gestellt worden sei, die angesprochene Pflasterung werde derzeit durch die zuständige Städtische Wohnungsbaugesellschaft geprüft.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

2. Protokolle

- Protokollbeurkundung
- Benennung von Urkundspersonen

Oberbürgermeister Reinwald

ruft das Protokoll Nr. 3 vom 22. März 2018 auf. Urkundspersonen sind die Stadträte Karaaslan und Dr. Sandner. Einwände werden nicht erhoben. Als Urkundspersonen der heutigen Sitzung werden die Stadträte Bader und Lindenbach benannt.

- 3. Gemeinderat** 26/2018
Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung

Oberbürgermeister Reinwald
verliest die bekanntzugebenden Beschlüsse im Wortlaut.

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gemeinderat)

Die folgenden nichtöffentlichen Beschlüsse der 3. Sitzung des Gemeinderates vom 26.04.2018 werden bekanntgegeben und zur Kenntnis genommen:

- 2. Überörtliche Finanzprüfung** 05/2018
GPA-Prüfbericht 2011-2015

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Überörtliche Finanzprüfung)

1. Von den Prüfungsfeststellungen der überörtlichen Finanzprüfung der Stadt von 2011 – 2015, der Eigenbetriebe Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Technischen Betriebe und Bäderpark 2011 – 2015 wird Kenntnis genommen.
2. Von der von der Verwaltung abzugebenden Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

- 3. Liegenschaften** 06/2018
a. Anmietung des „Apart Inn“

Mit 1 Enthaltung ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Liegenschaften)

1. Von dem Sachstandsbericht wird Kenntnis genommen.
2. Der befristeten Anmietung des „Apart Inn“ bis maximal zum 30.06.2026 wird unter Vorbehalt zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Mietvertrag auszuarbeiten.

- 4. Zuwendungen** 27/2018
Beschlussfassung über die Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Zuwendungen)

1. Die als Anlage beigefügten Zuwendungen an die Stadt werden angenommen.
2. Die Kämmerei wird mit dem Ausstellen von Spendenquittungen, oder auf Wunsch von Zuwendungsbestätigungen beauftragt.

5. Historisches Rathaus Leimen

28/2018

a. Ausschreibung der Sanierungsarbeiten

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert den Sachverhalt, der zu erwartende Zuschuss zur Maßnahme betrage etwas über 50% der Kosten.

Stadtrat Krauth

möchte wissen, warum man die nun anstehende Sanierung nicht zusammen mit der Außenfassade 2008 durchgeführt habe.

Oberbürgermeister Reinwald

weist darauf hin, dass dies vor seiner Amtszeit geschehen sei.

Stadtrat Feuchter

möchte wissen, auf welcher rechtlicher Grundlage die genannten Zuschüsse beruhten, seiner Kenntnis nach liefern diese aus.

Oberbürgermeister Reinwald

antwortet, dass das Regierungspräsidium eine Verlängerungszusage gegeben habe, zudem führe man auch noch Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium.

Stadtrat Feuchter

betont, dass er durchaus für eine Sanierung sei, allerdings seien seiner Ansicht nach auch zwei Abschnitte vorstellbar.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Historisches Rathaus Leimen)

1. Der Ausführung der Arbeiten wird zugestimmt.
2. Das Bauamt wird ermächtigt, die Bauleistung öffentlich auszuschreiben und den Auftrag nach Prüfung und Wertung der Angebote an den annehmbarsten Bieter zu vergeben (Vergabebeschluss).
3. Der Gemeinderat wird von der Vergabe informiert.
4. Im Haushalt 2019 sind weitere 124.000 € bereitzustellen.
5. Der HH-Rest über 476.000 € ist zu bilden.

5. Historisches Rathaus Leimen

28/2018

b. Unterbringung der Verwaltung

Oberbürgermeister Reinwald

stellt die Sachlage dar. Insgesamt seien von einem Umzug 27 Personen betroffen, für die man selbstverständlich alle in Betracht kommenden Alternativen geprüft habe. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die vor der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses durchgeführte Begehung des alten Teils der Stadtwerke und die einzuhaltenden einschlägigen Bestimmungen des Arbeitsschutzes.

Stadtrat Bader

betont, dass man alle Alternativen gründlich abgewogen habe. Letzten Endes habe sich Sanofi als die geeignetste herausgestellt, zumal hier auch bereits die geeignete Infrastruktur vorhanden sei. Ansonsten hätte man die Mitarbeiter des Hauptamtes aufteilen müssen, was schlecht für die Ablauforganisation und die Kommunikation gewesen wäre. Zudem gebe es auch eine Fürsorgepflicht für die Mitarbeiter, seine Fraktion stimme daher der Vorlage zu.

Stadtrat Dr. Sandner

erklärt, das man ausreichend vorberaten habe, er sehe die Situation ebenso wie von Stadtrat Bader geschildert. Aufgrund der dezentralen Lage solle aber die Einführung eines Stadtbusses geprüft werden.

Oberbürgermeister Reinwald

entgegnet, dass man dies gerne aufgreifen werde.

Stadtrat Frühwirt

zweifelt daran, dass man aufgrund der angespannten Personaldecke in der Lage sei, alle geplanten Maßnahmen gleichzeitig abzuwickeln. Daher solle man sie besser nacheinander durchführen. Entgegen anderer Meinungen könne man die Hauptverwaltung seiner Ansicht nach durchaus aufteilen und sie auch im alten Gebäude der technischen Betriebe zumindest teilweise unterbringen. In seinen Augen seien andere Alternativen nicht ernsthaft geprüft worden, seine Fraktion werde daher nicht zustimmen.

Oberbürgermeister Reinwald

antwortet, dass das angesprochene personelle Problem durchaus bekannt sei. Das Sanierungsprogramm laufe aber bekanntermaßen aus, daher müssten die Maßnahmen jetzt angegangen werden, wolle man nicht erneut 25 Jahre warten. Leerstände seien nicht vorhanden, überall bestehe dringender Handlungsbedarf. Das Angebot mit Sanofi sei zudem erst während der Suche nach einem Ausweichquartier eingegangen.

Stadtrat Woesch

schließt sich den Aussagen der Stadträte Bader und Dr. Sandner an. Sanofi sei die beste Lösung, alle anderen unpraktisch und zu teuer. Seine Fraktion stimme daher dem Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat Feuchter

erklärt, dass Bürgernähe jahrelanger Konsens gewesen sei, dies bedeute eine zentrale Lage der Bürgerämter in den Stadtteilen. Jetzt wolle man diesen Konsens aufgeben und die Amtsverwaltung St. Ilgen in einer Randlage ansiedeln. Er vermisse auch die genaue Prüfung von Alternativen, um über alle Zahlen reden zu können. Nun wolle man ab Mai Sanofi anmieten, um die Amtsverwaltung dort unterbringen zu können, die Hauptverwaltung aber erst im September dort unterbringen, was wiederum Kosten verursache. Es sei durchaus möglich, vorübergehend Teile der Hauptverwaltung bei den Technischen Betrieben oder der Feuerwehr St. Ilgen unterzubringen. Ein solches Zusammenrücken funktioniere auch bei der SAP. Die Heimatstuben könne man im Bürgerhaus Ochsenbach unterbringen, zudem müsse man klären, was mit dem Eine-Welt-Laden passieren solle. Kostengünstigere Lösungen seien durchaus möglich, seine Fraktion stimme der Vorlage daher nicht zu.

Er beantrage zudem, dass die Anmietung von Sanofi erst frühestens vier Wochen vor dem Auszug der Hauptverwaltung aus dem historischen Rathaus vorgenommen werden dürfe.

Stadtrat Bader

weist darauf hin, dass man sich alles noch einmal angeschaut habe, anderes sei nicht zumutbar.

Oberbürgermeister Reinwald

macht noch einmal deutlich, dass man alle auch jetzt wieder vorgetragenen Alternativen intensiv geprüft habe, sie hätten sich durchweg als nicht praktikabel herausgestellt. Eine Anmietung von Sanofi im September sei für die Hauptverwaltung kein Problem. Für die Mitarbeiter der Amtsverwaltung St. Ilgen reichten einige wenige Räume dort zu einem günstigen Preis vorab aus. Er sei für die korrekte Arbeitsabwicklung der Verwaltung zuständig und verantwortlich und müsse diese im Interesse der Bürger garantieren. Dies sei mit einer aufgeteilten Hauptverwaltung nicht möglich.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Historisches Rathaus Leimen)

Dem Antrag der FDP-Fraktion, die Anmietung des Stockwerks bei Sanofi-Pasteur für die Hauptverwaltung erst ab September vorzunehmen, wird zugestimmt.

Mit 7 Nein-Stimmen (Stadträte Feuchter, Lindenbach, Dr. Scheurich, Frühwirt, Reinig, Hassenpflug und Leiner) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Historisches Rathaus Leimen)

Von dem Sachstandsbericht wird Kenntnis genommen.

Für die Hauptverwaltung wird während der Umbaumaßnahmen ab Beginn der Sanierungsarbeiten, frühestens im September, das ehemalige Gebäude Sanofi-Pasteur zu den bekannten Bedingungen angemietet.

6. Baumaßnahmen

29/2018

Fortsetzung der Planung der Sanierungsarbeiten an der
Otto-Graf-Realschule

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, dass man die Arbeiten weitgehend in den Ferien durchführen werde, um die Schüler und Lehrer möglichst nicht zu stören.

Stadtrat Appel

sieht die Arbeiten als erforderlich an, seine Fraktion stimme der Vorlage zu. Er möchte aber wissen, ob auch eine Wärmedämmung vorgesehen sei.

Stadtoberamtsrat Gora
antwortet, dass bei dieser energetischen Sanierung auch die Dämmung eingerechnet sei.

Stadtrat Reinig
erklärt, dass seine Fraktion ebenfalls zustimme. Er bitte aber darum, das vorgesehene Flachdach durch ein flachgeneigtes Blechdach zu ersetzen.

Oberbürgermeister Reinwald
sagt eine entsprechende Prüfung zu.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Baumaßnahmen)

1. Die Planungen zu den Sanierungsarbeiten an der Realschule sind fortzuführen.
2. Die notwendigen Haushaltsmittel 2018 werden außerplanmäßig aus der HH-Stelle Geschwister-Scholl-Schule bereitgestellt.
3. Im Haushalt 2019 sind die erforderlichen Mittel bereitzustellen.

7. Asylbewerber und Flüchtlinge 30/2018
Nutzungsentschädigung für Unterbringung und Nebenkosten

Oberbürgermeister Reinwald
schildert den Sachverhalt. Es handle sich hier um Ausnahmefälle aufgrund einer Gesetzeslücke. Sollten mehr als zehn Fälle auftreten, werde man das Gremium sofort informieren. Mit den Abgeordneten habe man bereits gesprochen.

Stadtrat Woesch
erklärt, dass seine Fraktion damit einverstanden sei.

Stadtrat Krauth
sieht darin keine Ungleichbehandlung und möchte wissen, welche Motivation dann noch vorhanden sei, sich überhaupt eine eigene Wohnung zu suchen.

Stadtoberverwaltungsrat Stamm
erläutert, dass es derzeit sechs solcher Fälle in Leimen gebe, die jedoch alle einen anderen Hintergrund hätten. Es betreffe nur einen engbegrenzten Teil der Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern, die sich in Ausbildung befänden.

Stadtrat Dr. Sandner
weist darauf hin, dass das entsprechende Gesetz wohl unter Zeitdruck entstanden sei. Bei den genannten sechs Fällen solle man die Unterstützung gewähren, mit einer laufenden Berichtspflicht wäre man auch einverstanden.

Stadtrat Bader
kann die vorgebrachten Argumente nachvollziehen. Man solle den Personen nicht die Motivation nehmen, aus finanziellen Gründen die Ausbildung abzubrechen. Eine

Obergrenze von zehn Fällen mit einer damit verbundenen Informationspflicht trage seine Fraktion mit.

Stadtrat Frühwirt

freut sich über die schnelle Reaktion der Verwaltung. Die betroffenen Flüchtlinge würden auch nicht besser gestellt als andere, sondern eher schlechter. Man solle die betreffenden Abgeordneten auf diesen Mißstand hinweisen. Hinzu komme, dass sich der Personenkreis die zugewiesene Wohnung nicht ausgesucht habe und die Preise dafür oft sehr hoch seien.

Stadtrat Feuchter

ist ebenfalls für die Umsetzung des Vorschlags. Das Gesetz sei offensichtlich fehlerhaft. Man solle über den Städtetag Druck machen, um es zu ändern, zumal zu erwarten sei, dass die Zahl der Betroffenen noch steige. Es sei wie so oft: der Bund beschließe etwas, die Kommunen müssten dafür zahlen.

Mit 1 Enthaltung (Stadtrat Krauth) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Asylbewerber und Flüchtlinge)

Die Verwaltung wird ermächtigt, bei Asylbewerbern und Flüchtlingen die Nutzungsentschädigung für die Unterbringung und die Nebenkosten teilweise oder ganz zu erlassen.

8. Haushalt

31/2018

Über- / Außerplanmäßige Ausgaben „Märkte und Sondertilgung“

Stadtrat Reinig erklärt sich befangen und verlässt den Sitzungssaal.

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert den Sachverhalt. Aufgrund der gestiegenen Teilnehmerzahl der Kerwe sei es zu Mehrarbeiten und somit zu Mehrkosten vor allem bei den Technischen Betrieben gekommen. Die neuen Angebote seien sehr gut angenommen worden, die Investitionen seien es daher wert.

Stadtrat Frühwirt

ist der Auffassung, dass manches vorhersehbar gewesen sei und man es daher in den Haushalt hätte aufnehmen können. Man solle immer die Gewichtung prüfen und dies sei im Vorfeld besser möglich.

Stadtrat Dr. Sandner

weist darauf hin, dass die Zahlen für 2017 im Jahr 2016 festgelegt worden seien. Die Mehrheit des Gemeinderats habe eine Verbesserung der Kerwe gewollt, dies sei aber immer nur sehr zögerlich umgesetzt worden, was man akzeptieren musste. Für 2018 habe man nun die Mittel entsprechend erhöht, so dass hier künftig keine Diskussionen mehr erforderlich seien. Seine Fraktion stimme den Mehrausgaben zu. Allerdings solle man zukünftig in einer Statistik aufschlüsseln, welche Effekte man erzielt habe.

Stadtrat Feuchter

freut sich zunächst über die stattgefundene Sondertilgung. Hinsichtlich der Mehrausgaben für die Märkte stellt er fest, dass man 2015 noch 130.000 € angesetzt habe, 2016 seien es 180.000 € gewesen, wobei man aber die 1000-Jahrfeier Gauangelochs berücksichtigen müsse. Danach wollte man auf 140.000 € zurück. Nun habe man Mehrausgaben von 73.000 €, also insgesamt mittlerweile rund 250.000 €. Gute Feste seien auch mit wesentlich weniger Geld zu erzielen. Dass die Technischen Betriebe davon etwa 46% erhielten, zeige, dass man ein Kostenbewusstsein entwickeln müsse. Er stellt den Antrag, die Punkte getrennt abzustimmen, seine Fraktion werde den Mehrausgaben bei den Märkten nicht zustimmen.

Stadtrat Bader

erinnert an die schon früher bestehende Unzufriedenheit über Absprachen. Jetzt habe man den Einsatz verstärkt, trotzdem herrsche nun Aufregung über entstandene Mehrkosten. Diese seien auf die Leistungen der Technischen Betriebe zurückzuführen. Betriebswirtschaftlich seien dies aber keine Kosten, denn Neueinstellungen habe es nicht gegeben.

Stadtrat feuchter

widerspricht dieser Aussage und erinnert an frühere Haushaltsreden zum Thema „Sparen“. Die Technischen Betriebe hätten Aufträge an andere vergeben, es seien daher sehr wohl Mehrkosten entstanden.

Stadtrat Woesch

sieht die Sache wie Stadtrat Bader. Man habe eine sehr schöne Kerwe gehabt, deren Kosten seien anzusehen gewesen. Sparen sei kein Selbstzweck.

Stadtrat Frühwirt

macht auf Widersprüche aufmerksam. Vor einiger Zeit sei noch die Devise „extrem sparen“ gewesen, heute würden große Feste gefeiert. Feste seien aber nicht alles, man müsse sich mehr bemühen und auf die Kosten achten.

Oberbürgermeister Reinwald

legt Wert auf die Feststellung, dass auch weiterhin gespart werden müsse und es keinen Paradigmenwechsel hierin gebe. Allerdings habe man in der Vergangenheit aus falsch verstandener Sparsamkeit vieles nicht getan. So regne es nun in die Amtsverwaltung St. Ilgen hinein und man habe hohe Energiekosten. Dies sei nun wesentlich teurer. Wenn man sparen wolle, müsse man intelligent sparen.

Mit 7 Nein-Stimmen (Stadträte Feuchter, Lindenbach, Dr. Scheurich, Frühwirt, Reinig, Hassenpflug und Leiner) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Haushalt)

Die überplanmäßigen Ausgaben im Deckungsring 1.7300.577* „Märkte“ in Höhe von 73.254,18 Euro werden genehmigt.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss
(Kennwort: Haushalt)**

1. Die überplanmäßigen Ausgaben im Deckungsring 55 „Haltung von Fahrzeugen“ in Höhe von 23.690,16 Euro und im Deckungsring 650/658 „Geschäftsausgaben/ sonstige Geschäftsausgaben“ in Höhe von 24.559,57 Euro werden genehmigt. Des Weiteren wird die Überschreitung auf der Finanzposition 1.0300.842000 „Veranlagungszinsen“ in Höhe von 51.421,-- Euro und auf der Finanzposition 1.4350.603000 „Soziale Einrichtungen für Wohnungslose, Verwaltungs- und Betriebsausgaben“ in Höhe von 7.378,70 Euro genehmigt. Die Deckung erfolgt über Mehreinnahmen auf der Finanzposition 1.9000.003000 „Gewerbsteuer“.
2. Die überplanmäßigen Ausgaben im Vermögenshaushalt bei der Finanzposition 2.9110.977200-001 „Sondertilgung“ in Höhe von 2.139.536,13 Euro werden genehmigt. Die Deckung erfolgt über Mehreinnahmen bei der Finanzposition 2.9110.300000-001 „Allgemeine Zuführung zum Vermögenshaushalt“.

- 9. Haushalt** 32/2018
Bildung von Haushaltsresten 2018 für nicht verbrauchte Mittel in 2017

Oberbürgermeister Reinwald
erläutert den Sachverhalt.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss
(Kennwort: Haushalt)**

1. Der Bildung der Haushaltseinnahmereste im Vermögenshaushalt in Höhe 1.000.000 Euro sowie der Haushaltsausgabereiste im Vermögenshaushalt in Höhe von 3.035.000 Euro wird zugestimmt.
2. Die Haushaltsreste in Höhe von 2.351.000 Euro, die keiner Genehmigung bedürfen, werden zur Kenntnis genommen.

- 10. Kastanienbuckel** 33/2018
Änderung der örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan

Oberbürgermeister Reinwald
erläutert den Sachverhalt.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss
(Kennwort: Kastanienbuckel)**

1. Die Satzung über die Änderung der Örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Kastanienbuckel, 3. Änderung“ i.d.F. vom 02.02.2017 wird aufgehoben.

2. Die Änderung der Örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Kastanienbuckel, 3. Änderung“ mit der ergänzten Begründung i.d.F. vom 28.03.2018 wird gemäß § 74 LBO i.V.m. § 4 GemO als Satzung beschlossen.

11. Verschiedenes

Oberbürgermeister Reinwald
gibt folgendes bekannt:

- die Weberstraße wird im Lauf der kommenden Woche für den Verkehr freigegeben, sobald die erforderlichen Schilder aufgestellt sind
- am 2. Mai findet um 17 Uhr der Spatenstich zum Mischwasserkanal Lingental statt
- am 5. Mai findet in St. Ilgen der Rad-Aktionstag und der Tag der Städtebauförderung statt, in Leimen Mitte das Maibaumstellen auf dem Georgi-Markt
- am 7. Mai wird ab 13 Uhr die Innenstadt Leimen im Rahmen des „Clean-Up“ gesäubert
- am 16. Mai findet um 18.30 Uhr im Bürgerhaus „Am alten Stadttor“ die zweite Bürgerinformationsveranstaltung zur L 600 statt
- in der Juni-Sitzung des Gemeinderats wird die Machbarkeitsstudie der KE zur weiteren Entwicklung des Rathausplatzes vorgestellt
- am 4. Juni wird um 17 Uhr die Hauptstraße Gauangelloch geöffnet
- die Arbeiten im Umfeld der Alten Fabrik St. Ilgen wurden für 395.000 € an die Fa. Häusler und Boileau vergeben. Die Arbeiten beginnen im Mai und dauern voraussichtlich vier Monate
- ab Mai werden die Sitzungsunterlagen elektronisch versandt

Stadtrat Feuchter
erkundigt sich nach dem Sachstand der Pachtbezirksvergaben.

Oberbürgermeister Reinwald
antwortet, dass darüber in einer der kommenden Sitzungen berichtet werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Oberbürgermeister Reinwald um 20.15 Uhr die öffentliche Sitzung.

Ullrich
Protokollführer

Reinwald
Oberbürgermeister

Urkundspersonen:

Stadtrat Bader

Stadtrat Lindenbach